

Stadt plant Etat mit Minus von 600 Millionen

Düsseldorf muss sich auf die nötigsten Investitionen konzentrieren. Gleichzeitig steigt die Kreditsumme auf mehr als drei Milliarden Euro. Welchen Ausweg Stephan Keller sieht - und wie er zu Steuererhöhungen steht.

VON ALEXANDER ESCH

DÜSSELDORF Die Stadt rutscht immer tiefer in eine Krise der Finanzen, das zeigt der am Donnerstag im Stadtrat von Oberbürgermeister Stephan Keller und Kämmerin Dorothee Schneider vorgelegte Haushaltsentwurf für die beiden Jahre 2027 und 2028. Gleichzeitig hält das Rathaus ein hohes Niveau an Leistungen und Investitionen der Kommune aufrecht – allerdings mithilfe immer neuer Kredite. Denn die Stadt erwirtschaftet keine Überschüsse, im Gegenteil. Die Kämmerin geht von einem Minus von 299 und im Folgejahr von 315 Millionen Euro aus, bei einem Gesamtvolumen von mehr als vier Milliarden Euro pro Jahr.

Somit wächst nicht nur der Schuldenberg, zugleich nehmen die damit verbundenen jährlichen Belastungen zu. Auf mehr als drei Milliarden Euro summieren sich nach Plan sämtliche Investitions- und Liquiditätskredite Ende 2028. Doppelt so hoch ist diese Summe verglichen mit dem aktuellen Stand. Die neuen Schulden führen zu einer jährlichen Belastung durch Zins und Tilgung von 79 und im Folgejahr 96 Millionen Euro. Danach werden es voraussichtlich mehr als 100 Millionen Euro. „Das tut schon weh“, sagte Schneider bei einer Pressekonferenz. „Mit diesem Geld könnte man viele andere Dinge tun.“

Aufgrund der Schieflage durch deutlich mehr Ausgaben als Einnahmen wächst zudem die Gefahr, dass die Bezirksregierung mit sehr strengen Vorgaben eingreift. Mit diesem Etatentwurf kommt die Stadt allerdings an dem im Rathaus so gefürchteten Haushaltssicherungskonzept vorbei. „Der Abstand ist groß genug“, sagte Schneider.

Zur Erklärung: Die Ausgleichsrücklage (eine Art Sparschwein der Stadt) leert sich in diesem Jahr vollständig, so kann sie nicht zum Ausgleich der neuen Defizite herhalten. Somit muss die Stadt rund minus 600 Millionen Euro von der Allgemeinen



Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) bei seiner Etatrede im Stadtrat am Donnerstag.

FOTO: GEORG SALZBURG

Rücklage, dem rechnerischen Wert des Gesamtvermögens der Stadt, ausbuchen. Dieser liegt laut Schneider derzeit bei 7,5 Milliarden Euro. Ein Haushaltssicherungskonzept wäre die Konsequenz, wenn zum Beispiel zwei Jahre in Folge mehr als fünf Prozent von dieser Summe ausgebucht werden müssten. Das sieht der Plan jetzt nicht vor. Aber: „In der Mittelfristplanung bleibt der Anspannungsgrad sehr hoch.“

Das heißt: Die Stadt muss weiter sparen. Keller spricht von einem „Paradigmenwechsel“, der bereits mit dem aktuellen Haushalt vollzogen worden sei. „Ungefähr ein Vierteljahrhundert haben wir Politik als eine Verteilung des Zuwachses verstehen dürfen. Jetzt müssen wir uns um eine Verteilung des ‚Weniger‘ kümmern“, sagte er in seiner Rede im Stadtrat. Er verwies auf erste Erfolge: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist die Gesamtsumme der geplanten Ausgaben gesunken.

Die Kämmerin hatte den Dezernaten Sparvorgaben gemacht, je nach Anteil freiwilliger Leistungen, da bei

den von Bund und Land auferlegten Pflichtleistungen nicht viel erreicht werden kann. In der Kultur waren besonders hohe Ziele zu erfüllen. Doch dabei war man an Grenzen gestoßen, wie die Gespräche mit Schauspielhaus oder Oper zeigten.

Keller sagte zudem, man habe sich genau angeschaut, welchen Effekt Kürzungen bei kleineren Projekten überhaupt für den Haushalt hätten, während gleichzeitig eine „Riesen-debatte“ folge und unverhältnismäßig große Schäden angerichtet würden. Somit stehe die Stadt zu den geschlossenen Rahmenverträgen mit der Liga Wohlfahrt und auch der freien Kulturszene einschließlich der versprochenen automatischen Anpassung nach oben. Bei Vertretern war im Vorfeld die Sorge groß, es könne Kürzungen geben, was sich an einer Kundgebung vor dem Rathaus zeigte. Sichtlich irritiert waren darüber Schneider und Keller bei der Pressekonferenz.

Aber wie soll dann weiter gespart werden? Zum einen betonte Keller: „Bei den Investitionen geht nur noch,

was unabweisbar ist. Vieles, was wir für wünschenswert halten, was aber nicht zwingend erforderlich ist, muss warten.“ Und so steht auf der Liste für die nächsten Jahre noch Folgendes: Theodor-Heuss-Brücke, Brandschutz in U-Bahnen, Tonhalle, NRW-Forum und notwendige Sanierungen in der Oper. Auch 200 Millionen Euro für 18 Schulen, Hochwasserschutz, das neue Hallenbad Unterrath sowie die Einrichtung an der Eisenstraße für Drogenabhängige werden vorangetrieben, hob Keller in seiner Rede im Stadtrat hervor. Die Liste zeige, was mit diesem Haushalt alles noch möglich ist. Nicht zu finden sind etwa die Erweiterung Aquazoo oder das neue Technische Rathaus.

Der Sparkurs beim Personal der Stadt wird gehalten, 42 Millionen Euro jährlich sollen es weiterhin weniger sein. Über diese aktuellen Anstrengungen hinaus kündigt Keller ein strukturelles Vorgehen an, das langfristig zu einem Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben führen soll. Da jetzt erstmals ein Doppelhaushalt im Dezember vom Stadtrat

verabschiedet werden soll, habe man dafür im nächsten Jahr mehr Zeit. „Wir werden ein Stabilisierungskonzept vorlegen, mit dem wir sehr genau einen Pfad beschreiben werden, auf dem wir zum strukturellen Haushaltsausgleich zurückkehren werden“, sagte der Oberbürgermeister. Vorgelegt werden soll es mit der Koalition von CDU und Grünen in den nächsten Wochen und im Dezember beschlossen werden.

Keller sagte zu diesem Prozess in seiner Rede: „Der schwierigste Teil des Weges liegt noch vor uns.“ Auf mehreren Ebenen wolle man vorankommen. Mit mehr Digitalisierung soll etwa Personal ersetzt werden. Schon jetzt mache man mithilfe von KI „in sehr hohem Tempo“ Fortschritte. „Das macht uns optimistisch, dass wir Personal reduzieren können, ohne dass wir unser Angebot einschränken müssen.“

Zudem will die Stadt strenger auf die Beteiligungen schauen. Es gehe weniger um höhere Ausschüttungen als um einen Sparkurs, sagte Keller. In den nächsten beiden Jahren muss

INFO

So sind die Zahlen für den Haushaltsentwurf

Gesamt 2027 stehen Erträge von 3,97 Ausgaben von 4,35 Milliarden Euro gegenüber. 2028 sind es 4,04 gegen 4,44 Milliarden Euro. Pauschal eingeplante Einsparungen von über 80 Millionen Euro (globaler Minderaufwand) dämpfen das Defizit.

Hauptausgaben Für Kinder, Jugend- und Familienhilfe sowie Soziale Leistungen gibt die Stadt knapp 1,6 Milliarden Euro aus.

Gewerbesteuer Es werden Einnahmen von 1,428 und 1,449 Milliarden Euro für die beiden Jahre erwartet.

die Stadt etwa Defizite von rund 200 Millionen Euro bei der Rheinbahn ausgleichen. Da soll der Betrieb effizienter werden. „Wenn wir beim Kernhaushalt auf die Bremse treten, dann erwarten wir das auch von den Tochterunternehmen. Wir glauben, da gibt es noch Potenzial.“

Das sehen Keller und Schneider auch bei der Bauverwaltung. Hier gebe es Doppelstrukturen mit Bautöchtern wie IPM, IDR oder auch SWD sowie Zuständigkeiten in mehreren Dezernaten. In anderen Städten gebe es etwa einen Eigenbetrieb.

Keller betonte grundsätzlich, dass er ausreichend Spielraum sehe, die Ausgaben zu konsolidieren. Deshalb werde er keine Steuererhöhung vorschlagen, um die Ertragsseite zu verbessern. Mit mehr als 1,4 Milliarden Euro Gewerbesteuererinnahmen pro Jahr stehe man gut da. Vehement stellte er sich gegen einen höheren Hebesatz. „Das wird es mit mir nicht geben“, sagte er bei der Pressekonferenz. Bei anderen Steuern könne man das vielleicht anders sehen.

Zudem erneuerte Keller seinen Appell an Bund und Land, die den Kommunen auferlegten Ausgaben für Sozialleistungen auch zu finanzieren. Diese strukturelle Problematik führe dazu, dass nahezu alle, auch wirtschaftlich starke Städte wie Düsseldorf, finanziell in Schieflage gerieten. Allein die ausschließlich kommunal zu finanzierenden Hilfen zur Erziehung, zur Pflege und zur Eingliederung kämen pro Jahr auf 283 Millionen Euro – was ungefähr das jährliche Minus ausmacht.